

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konturufen hinfällig wird. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg. Erscheint wöchentl. 6 mal / Bezugspreis: Monatl. 1.50 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge hoh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 3780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 243

Altensteig, Samstag den 17. Oktober 1931

54. Jahrgang

Der Sieg der Regierung im Reichstag

Mißtrauensvotum mit 25 Stimmen Mehrheit abgelehnt — Wiederauszug der Rechtsopposition

Reichspräsident Hindenburg eröffnete die Sitzung um 12 Uhr. Zunächst wird eine Entschließung des Reichstages zum Antrage des Reichspräsidenten über die Kriegsschadigtenentschädigung angenommen. Die Aussprache über die Regierungserklärung wird dann fortgesetzt.

Abg. Kippel (Christl. Soz.):

Es geht heute um mehr als um ein Kabinett, es geht um die Schicksalsfrage des deutschen Volkes. Schrittweise der radikalen Flügelparteien sind die rücksichtslossten Politik-Franzosen und die schwerste wirtschaftliche Not. Eine weitere Unterhütung hat die Agitation der Flügelparteien gewonnen durch die Politik der früheren Regierungen. Die Rechtsopposition verdächtigt in ihren Versammlungen den Reichstagsler Dr. Brüning seit langer Zeit. Darum ist es erfreulich, daß gestern Adolf Hitler erklärt hat, er wolle Brüninge unantastbar in seiner Weise angehen. Die Parteigenossen Hitlers haben sich bisher leider anders verhalten. (Lauter der Widerspruch der Nationalsozialisten, Dr. Frick und Dr. Goebbels rufen: „Wir haben das auch nie getan!“) Die Nationalsozialisten laufen jetzt Sturm gegen die Brüningverordnung, in der die Kürzung der hohen Pensionen, die Kontrolle der Großbanken und Kartelle angeordnet wird. Das sind doch Forderungen, die die Nationalsozialisten früher selbst propagiert haben. Die Ausführungen des Abg. Dr. Dingeldey waren wenig klar; aber ich habe den Eindruck, daß sie beginnen und enden mit der Forderung der Senkung der Löhne und der Auflockerung der Tarifverträge. Weber Dr. Dingeldey nach Dr. Oberjahren haben ein Einschreiten gegen die preiswertende Politik der wirtschaftlichen Großkonzerne und Kartelle gefordert. Das deutsche Volk trägt heute Opfer, wenn die Not des Vaterlandes es erfordert. Es wehrt sich aber mit Recht dagegen, wenn die verwerflichste Wirtschaft der Privatwirtschaft und der Kommune auch in der jetzigen Notzeit fortgesetzt wird. Heute ist es nicht zu rechtfertigen, wenn der Intendant des Duisburger Stadttheaters ein Gehalt von 40 000 RM bezieht und wenn die Generaldirektoren der Gewerkschaften, die bei der Rechtsopposition sehr nahe stehen, heute noch Gehälter bis zu 800 000 RM erhalten. In aufreißendem Gesseis dazu stehen die niedrigen Gehälter der kleinen Beamten, von denen eines nach Abzug der Gehälter der Notverordnung verlustigen Kürzungen für sich, Frau und Kind ganze 81 RM als Monatseinkommen hat. Wir können in dieser Notzeit den Klassenkampf nicht ertragen, der von rechts proklamiert wird. Wir brauchen eine Arbeitsgemeinschaft, in der auch die Gewerkschaften aller Richtungen vertreten sind.

Abg. Dr. Neubauer (Komm.):

führt aus, die privatkapitalistische Wirtschaft in Deutschland sei bereits vollständig bankrott; sie werde nur gehalten durch die tiefen Subventionen, die vom Reich aus geführt werden. Die Deutschnationalen seien an dieser Auslösung des Volkes durch den internationalen Kapitalismus stark beteiligt. Wir können an die Nationalsozialisten die konkrete Frage stellen. Würde Hitler als Leiter der deutschen Außenpolitik Frankreich erklären, daß er die Tributzahlungen einstellt? Hitler müßte um die Gunst Frankreichs betteln, weil Frankreich sonst die deutsche Wirtschaft zerstört, von der die Hitlerbewegung finanziert wird. Nur der Kommunismus im Bunde mit Sowjetrußland kann das deutsche Volk aus der Not retten.

Abg. Molath (D.N.P.):

verliest eine Erklärung seiner Fraktion, in der es heißt, die Folge einer vernichtenden zehnjährigen Finanz- und Wirtschaftspolitik in Verbindung mit außenpolitischer Schwäche sei die Abwendung eines großen Teils des Volkes von dem jetzigen System. Die nationale deutsche Jugend ist heute der wertvollste Aktivposten unseres Volkes. Die Fraktion der Wirtschaftspartei, die durch Zustimmung zum Mißtrauensvotum den Weg freizumachen hätte für die Bildung einer Regierung, in der diese Kräfte während vertreten sind, ist sich der schweren Verantwortung bewußt, die sie damit für die Zukunft übernimmt. Losgelöst von aller Parteipolitik, haben wir die Folgen eines solchen Schrittes sorgfältig erwogen. Wir haben vor der Entscheidung der Fraktion dem Reichstagsler verschiedene Prozege vorlegen müssen und er hat uns zugestimmt, daß er eine grundsätzliche Schwankung in der Politik der letzten zehn Jahre vornehmen wolle unter Berücksichtigung der Bedürfnisse des selbständigen Mittelstandes. Wir haben andererseits nicht die Überzeugung gewinnen können, daß heute die Chance für die Mehrheitsbildung einer Rechtsregierung größer wäre als vor einem Jahre, als wir zu diesem Zweck unseren Minister Dr. Brüning zurückgezogen haben. Wir haben uns darum entschlossen, trotz aller Bedenken das Kabinett Brüning zu tolerieren. (Warm rechts.) Dieser Regierung gehören heute bestimmte Personenarten nicht mehr an gegen die wir Bedenken hatten. Das Kabinett Brüning ist befallen worden vom Reichspräsidenten von Hindenburg, hinter dem das Gros der deutschen Bevölkerung steht und zu dem wir in unerschütterlicher Treue stehen. (Abg. Stubbendorf (D.N.P.): „Für 30 Millionen in unerschütterlicher Treue!“) Präsident Hindenburg: Das ist eine Unterstellung, die Sie im Ernst nicht aufrechterhalten werden! Abg. Kleiner (D.N.P.): Aber der „Vorwärts“ hat es doch geschrieben! (Große Heiterkeit.) Präsident

Hindenburg: Was der „Vorwärts“ schreibt, geht mich nichts an. Ich rufe den Abg. Stubbendorf zur Ordnung. (Lachen und Klatschen rechts.) Abg. Molath: Es ist eine Infamie, zu behaupten, daß in der Schlußstunde des deutschen Volkes eine anständige Partei sich durch Geldsummen in ihrer Entscheidung beeinflussen ließe. Was uns bei unserer verantwortungsvollen Entscheidung bestimmt, ist allein der Wunsch, das deutsche Volk aus dem Abgrund wieder zur Höhe zu führen. (Beifall bei der Wirtschaftspartei.)

Reichstagsler Dr. Brüning:

Ich bin dankbar für die Anregungen, die in der Debatte gegeben worden sind. Die Reichsregierung widerlegt sich nicht einem Antrag, eine Reihe formulierter Vorschläge auf Verbeugung der Notverordnung einem Ausschuß zur weiteren Beratung zu überweisen. Wir wollen nur, daß nicht die Klammern zerstört werden, die unser Wirtschafts- und Finanzgebäude zusammenhalten. Eine andere Gesamtlösung ist in der Debatte der Regierung von keinem Parteirechner den Regierungsvorschlägen entgegengehalten worden. Ich danke allen Rednern, auch dem Führer der Nationalsozialisten, für die Bornehmtheit, mit der sie die Polemik gegen mich in der Reichstagsdebatte geführt haben. Wenn diese Besserung der politischen Methoden auch in den Parteiversammlungen der kleinsten Orte Platz greifen würde, dann würden manche Maßnahmen überflüssig sein, die wir nicht zu unserer Freude in die Notverordnung aufnehmen mußten. Es ist keine Freude, der Presse Zwangsansagen zu machen, und ich wünsche den Tag herbei, wo es durch freiwillige Selbstkontrolle der Presse möglich sein würde, darauf zu verzichten. Im übrigen darf ich eines besonders hervorheben, was mich mit einer gewissen Enttäuschung erfüllt hat, und das ist die bei aller persönlichen Liebenswürdigkeit (hört abnehmende Kritik der Deutschen Landvolkpartei, (Beifall Zustimmung.) Ich sage enttäuscht und sage das vom Standpunkt eines Freundes der Landwirtschaft aus; denn einen Minister so anzugreifen, dem es das Gesicht aufgelegt hat, nur Abbaumassnahmen gegen die Arbeiterchaft aus einer Zwangslage vorzunehmen, einem Mann, der schon in früheren Jahren sich unter die Konjunktur gestellt und sich mühtig zum Schutze der Landwirtschaft betannt hat, diesem Manne derartige Vorwürfe zu machen, das ist ein ganz historischer Fehler vom Standpunkte der deutschen Landwirtschaft. (Starker Beifall.) Sind wir uns doch darüber klar, neben der ungeheuren Schulden- und Zinsenlast die auf der Landwirtschaft ruht, neben der Überproduktion anderer öffentlicher Lasten, selbst noch die Landwirtschaft heute schon in Deutschland, wenigstens schon im härtesten Maße darunter, daß die Kontrast der Konjunktur so weit gegangen ist, daß sie ihre Produkte nicht mehr absetzen kann. Und deshalb geht es auch nicht so mit den radikalen Lösungen der Produktionssteigerung auf einen Schlag, wie anscheinend einzelnen Rednern, vielleicht dem Abg. Dingeldey, vorgeschwebt haben. Vor allem aber, das muß ich hier einmal stark betonen, Herr Abg. Dingeldey, wenn ich in den Tagen, wo die Banken und Sparkassen geschlossen waren, Maßnahmen getroffen hätte, die das ganze Volk erregt hätten, dann wäre es nicht möglich gewesen, die deutsche Kreditwirtschaft und den deutschen Staat überhaupt zu retten. (Beifall Zustimmung.) Ruhe muß ich schaffen in diesem Augenblick. Es sind nicht die Maßnahmen des Staates gewesen, die unser Kreditssystem gerettet haben, sondern der Glaube der Bevölkerung an diese Maßnahmen. Eine praktische Arbeitsgemeinschaft habe ich im Stillen so weit durchgeführt, daß ich immer wieder mit Wirtschaftsführern verschiedener Berufe und mit Vertretern der Arbeitnehmer gesprochen und versucht habe, eine Linie zu finden. Ich bin überzeugt, daß es möglich ist, eine solche Linie zu finden. (Kommunistischer Zuruf: „Hungerlinde!“) Keineswegs eine Hungerlinde! Ihre Politik (zu den Kommunisten gewandt) führt letzten Endes zum Hunger. Es ist meine Aufgabe, zu verhindern, daß das deutsche Volk in diesem schweren aller Winter auseinandergerissen wird. Das Ziel eines verantwortlichen Politikers in diesen Tagen muß sein, zu verhindern, daß über der Not dieser Wochen und Monate, über diesen internationalen Spannungen alleräußersten Grades, wie es immer in der Geschichte des deutschen Volkes war, das deutsche Volk in zwei feindliche Lager auseinandergerissen wird. Man mag mich ruhig angreifen, das soll mich nicht stören. Ich habe mit Bewußtsein in den letzten Wochen nicht mehr in der Öffentlichkeit gesprochen, weil ich sonst in so scharfer Form gegen die Intrigen und Gefährlichkeiten hätte Stellung nehmen müssen, daß ich vielleicht vieles für die Zukunft verschlagen hätte. Ich habe Wichtigeres zu tun und ich habe einen so tiefen Glauben an das deutsche Volk, als daß ich es für nötig halte, auf jeden Angriff infamer Streichen zu antworten.

Bei dem Kampfe der einen Seite dieses Hauses gegen die andere ist es leider nicht möglich, die Volksgemeinschaft in ihrem politischen Ausdruck herbeizuführen, die wir in dieser historischen Stunde des deutschen Volkes haben müßten. Ich halte es für unmöglich, einen Weg zu gehen, der aus über diesen schweren Winter hinwegzuführen soll, der von vornherein eine geschlossene Front gegen die Arbeiterchaft bedeutet. Wer das glaubt, wird in kurzer Zeit verlassen. Aber hinter dem Verlassen steht dieses

Mal etwas anderes. (Hört, hört! in der Mitte; Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Wenn es auf diesem Wege nicht möglich ist, so bin ich zu der Überlegung gekommen, ein Kabinett zu bilden, das an sich von jedermann in keinen Maßnahmen und in keinem Programm respektiert werden könnte, denn die Linie, die gegangen werden muß, wenn Deutschland gerettet werden soll, wird doch immer eine Linie des Ausgleichs und nicht der Unterdrückung nach der einen oder anderen Seite sein. Ich mußte daher die parteipolitische Basis dieses Kabinetts verengen und gleichzeitig dem Herrn Reichspräsidenten vorschlagen, einen Wirtschaftsbeirat zu bilden.

Wenn man glaubt, in diesen schwierigsten außenpolitischen Zeiten einen Wechsel in der Regierung vornehmen zu können, dann muß ich etwas sagen, was ich aus eigener bitterer Erfahrung habe kennen gelernt: Jedes neue Kabinett mit einer anderen Etikette hat zunächst für einige Zeit mit höchstem Mißtrauen im Auslande zu kämpfen. Wir können keine Zeit verlieren. Nehmen wir einmal den theoretischen Fall einer Rechtsregierung an. Wenn Sie den Weg, der zur Freiheit führen muß, gehen will, so wird Sie den Weg fortsetzen müssen, den wir gegangen sind. (Sehr richtig.) Aber Sie wird dem Auslande gegenüber erst Erklärungen abgeben müssen, die die bisherigen Regierungen nicht abgeben konnten. (Lebhafter Beifall und Handklatschen.) Damit ich nicht mißverstanden werde: Ich habe kein Wort von einer Kapitalisationserklärung einer solchen Rechtsregierung gesprochen und glaube, daß es überhaupt keine Partei in diesem Hause gibt, die jemals eine derartige Erklärung abgeben wird. Wie will man die Anschauungen innerhalb einer Rechtsregierung auf einen Kerner bringen? Man soll doch wenigstens einmal klar erklären, was man will. (Sehr richtig!) Ich habe noch nicht die Möglichkeit gehabt, den offenen Brief Hitlers an mich selbst ganz anzulesen. Das bedeutet keine Kritik. Ich werde ihn durchlesen. Aber auf ein paar angelegene Stellen dieses Briefes möchte ich eingehen. Hitler sagt, wenn auch nur vorübergehend eine Sanierung gelangen wäre, hätte niemand an die Revision gedacht. In dieser Auffassung liegt ein grundsätzlicher Fehler. Ich habe nicht mit einer Revision des Youngplans angefangen, sondern es war zunächst meine Aufgabe, unter bitteren Dofern des deutschen Volkes ein absolut finanziell wankendes Gebäude zunächst einmal zu stützen, um überhaupt darin leben zu können. Wir sind die erste Regierung gewesen, die aus eigener Kraft und nicht aus Anleihen erfüllt hat. (Anrufen bei den Kommunisten.) Es zeigte sich dabei, daß es so mit den Reparationen nicht geht. Entweder gibt man uns das Geld, um es in Reparationen wieder zurückzahlen — und das hat auch einmal ein Ende — oder man gibt uns die Freiheit, die Reparationen mit einem tiefen Ausfuhrüberschuß zu bezahlen — und auch das können die Völker nicht ertragen. Wenn man an das Erfüllen ohne ausländische Kredithilfe geht, so wird sich zeigen, daß es nicht möglich ist, in dieser Form und Höhe Reparationen zu bezahlen. Ich glaube, daß diese Methode, die gewählt wurde, um eine Aufklärung der Welt über die wirkliche Lage Deutschlands zu schaffen, wirksamer war, als manche Forderung der Parteien. Denkschriften und Reden werden die Welt nicht von der Notlage Deutschlands überzeugen. Es überzeugt allein, wenn eine Regierung den Mut hat, ihr Karten aufzudecken und nicht zu sagen, daß sie mit allem Aufrechten mit einem Schloge brechen will. Diese unsere Methode ist nicht neu. Sie ist von besiegten Völkern immer wieder benutzt worden, um zum Erfolg zu kommen. Wenn Hitler müßig genug ist, mir die nationale Gesinnung nicht abzuspüren, so frage ich, was hindert vier Fünftel dieses Hauses, sich einmal zu entschließen, für ein paar Monate Parteipolitik beiseite zu lassen und nur darüber zu reden, wie das Vaterland gerettet werden kann, um endlich Glück und Freiheit zu schaffen. (Anhaltendes Beifall und Handklatschen bei den Regierungsparteien.)

Abg. Schmidt-Hannover (D.N.):

verliest in Anwesenheit der Rechten eine Erklärung, in der u. a. betont wird: Ein Weiterretieren dieses Kabinetts und eine neue Ausschaltung des Reichstages würde eine außen- und innenpolitische Lage von so tragischer Schwere schaffen, daß ein Abweichen Deutschlands in chaotische Zustände unvermeidlich wäre. Der Mißerfolg, der mit nie dagewesenen Vollmachten ausgestatteten Regierung des Kanzlers Brüning liegt klar vor Augen. Er scheiterte, weil er sich aus der Abhängigkeit von der Sozialdemokratie nicht zu befreien vermochte. Wenn der Kanzler in seiner Rede am Dienstag den Parteien die Verantwortung für alles, was kommen wird, überließ, so geben wir ihm und denen, die ihm zu einer Mehrheit verhelfen wollen, dieses Wort in seiner vollen Schwere zurück. Das Vertrauen des In- und Auslandes zu einer klaren Rechtsregierung wird größer sein als das Vertrauen zu seiner eigenen, hundertfach widerlegten Realpolitik. Wir lassen uns jedenfalls nicht von dem klaren Weg abdrängen auf dem wir Deutschland aus dieser Rezessionsperiode der Halbheiten in eine starke Zukunft hinüberführen werden. (Starker Beifall bei den Deutschnationalen und NS.)

Abg. Dr. Koenig (Soz. Arbeiter) sieht die größte Gefahr des neuen Kabinetts Brüning darin, daß der Wehrminister Gröner gleichseitig das Innenministerium führe.

Abg. Sölkemann (S.) tritt für die sozialdemokratischen Anträge auf Neuregelung der Rürdenabfindung ein.

Abg. Kling (Soz. AB.) erklärt, seine Freunde wären zwar nicht mit allen Maßnahmen der Brüning-Regierung einverstanden, würden aber gegen die Mißtrauensanträge stimmen.

Abg. Meeser-Dannover (Dt.Hann.) erklärt, seine Freunde würden sich bei der Abstimmung über die Mißtrauensanträge der Stimme enthalten.

Abg. Haas (Landvolk) beantragt Aufhebung der Zuckerversteuer für Zucker zur Weinbereitung.

Damit ist die Aussprache beendet und es beginnen die Abstimmungen.

Zunächst wird in namentlicher Abstimmung über den von den Kommunisten, Deutschnationalen und Nationalsozialisten eingebrachten Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett entschieden. Die Abstimmung erbringt

die Ablehnung des Mißtrauensantrages mit 295 gegen 270 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen.

Das Abstimmungsergebnis wird von der Mitte mit Beifall, von der Rechten und den Kommunisten mit Schweigen aufgenommen.

Vor der Abstimmung über die Mißtrauensanträge gegen einzelne Minister erklärt Abg. Veicht (B.V.), offenbar zum Zweck der Abstimmungsbeeinflussung sei den protestantischen Mitglie-dern ein Zettel ausgeteilt worden, auf dem ihm — Veicht — Äußerungen über den Protestantismus in den Mund gelegt werden, die er nie getan habe. Auch Dr. Franz 2 (N.S.), auf den sich der anonyme Zettelschreiber bezieht, könne sich solcher Äußerungen nicht erinnern. Es sei bezeichnend, mit welchen Mitteln von der Opposition gearbeitet werde. (Wulfrufe.) Die Abgeordneten Dr. Dinseladen (D.V.) und Döblich (V.) erklären, daß ihre Fraktionen den kommunistischen Demonstrationen gegen einzelne Minister nicht zustimmen würden. Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen Minister Gröner wird in namentlicher Abstimmung mit 321 gegen 233 Stimmen abgelehnt, bei 16 Stimmenthaltungen.

Mit 337 gegen 233 Stimmen wird dann nach der vorläufigen Zählung der Mißtrauensanträge gegen den Reichserziehungsminister Schiele abgelehnt, mit 326 gegen 235 Stimmen bei 16 Stimmenthaltungen der Mißtrauensantrag gegen den Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald.

Der von den Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Kommunisten gestellte Antrag auf Auflösung des Reichstages wird mit 320 gegen 252 Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Es folgt die namentliche Abstimmung über den von den Deutschnationalen und Nationalsozialisten gestellten Antrag auf Aufhebung sämtlicher Notverordnungen. Der Antrag auf Aufhebung der Notverordnungen wird mit 336 gegen 233 Stimmen abgelehnt.

Präsident Wöbe macht darauf aufmerksam, daß bei der Abstimmung über das Mißtrauensvotum gegen Dr. Stegerwald die Zahl der abgegebenen Stimmzettel nicht mit der Zahl der anwesenden Abgeordneten übereinstimme. Das Abstimmungsergebnis werde nachgeprüft und richtiggestellt werden.

Abgelehnt werden auch die Anträge auf Aufhebung einzelner Notverordnungen. Bei der Abstimmung über die letzte Notverordnung enthält sich die Bayerische Volkspartei der Stimme.

Nachdem auch die Aufhebung dieser letzten Notverordnung abgelehnt ist und über die kommunistischen Anträge abgestimmt werden soll, erklärt Abg. Dr. Feid (N.S.), nach diesem Verlauf der Verhandlungen hätten die Nationalsozialisten kein Interesse mehr an den parlamentarischen Beratungen. Sie würden den Reichstag verlassen und außerhalb des Parlaments daran arbeiten, die letzten Stützen dieses Systems zu zerbrechen.

Abg. Goltzheimer (Dn.) schließt sich für die Deutschnationalen und die drei Dissidenten aus der Landvolkpartei der Erklärung von Dr. Feid an. Die Mitglieder der Rechtsopposition verlassen darauf unter großer Unruhe des Hauses den Saal.

Der kommunistische Antrag auf Einstellung der Bundestagungen und auf Austritt aus dem Völkerbund wird darauf gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Dann vertagt sich das Haus bis 8.15 Uhr, um inzwischen dem Vizekanzler Gelegenheit zu einer Sitzung zu geben.

Die Mehrheit für Brünning

Das Abstimmungsergebnis über die Mißtrauensanträge gegen das Gesamtkabinett hat bei der endgültigen Zählung eine Korrektur für die Regierung erfahren. Es sind tatsächlich 285 Stimmen für die Regierung abgegeben worden, so daß die Mehrheit 25 Stimmen beträgt. Der Reichstag wies bei den Abstimmungen am Freitag eine Befehung auf, wie sie noch nicht dagewesen ist. Von den 577 Abgeordneten sind 571 anwesend gewesen, nur sechs haben also gefehlt. Die Fehlenden waren bei den Sozialdemokraten der preussische Ministerpräsident Dr. Braun; bei den Kommunisten die Abgeordneten Waddalene und Krensburg; bei der Deutschen Volkspartei die Abgeordneten Dr. Curtius und Dauch und bei der Wirtschaftspartei der Parteivorsitzende Dr. Bredt. In allen diesen Fällen lagen Krankheit oder andere unüberwindliche Hindernisse vor. Die Fraktionen der Nationalsozialisten der Deutschnationalen, des Zentrums, der Christlich-Sozialen, der Bayerischen Volkspartei, des Landvolks und der Staatspartei waren bis auf den letzten Mann erschienen. Enthaltungen haben sich bei der Abstimmung die drei Deutsch-Hannoveraner. Bei der Deutschen Volkspartei haben fünf Abgeordnete gegen die Mißtrauensanträge gestimmt, und zwar die Abgeordneten Dr. Kohl, Glagel, Thiel, Dr. Kalls und Dr. von Karwitz. Die Abgeordneten Dr. Kolbenhaner und Dr. Schmieders-Dresden haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt. Das Landvolk hat bis auf die Abgeordneten Schlang-Schöningen und Verloh-Hessen für die Mißtrauensanträge gestimmt; der Abgeordnete Schlang hat gegen die Mißtrauensanträge gestimmt. Derich hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt. Die Wirtschaftspartei hat geschlossen gegen die Mißtrauensanträge gestimmt. Dagegen stimmten also Zentrum, Bayerische Volkspartei, Staatspartei, Konservative Volkspartei, Sozialdemokraten und der Bayerische Bauernbund.

Wiederzusammentritt: 23. Februar

Berlin, 16. Oktober. In der Abend Sitzung, die sich bis in die erste Nachtruhe ausdehnte, war eine gemaltige Fülle von Anträgen der verschiedenen Parteien zu erledigen. Das Fehlen der Deutschnationalen und Nationalsozialisten in dieser Sitzung hatte das Kräfteverhältnis der Parteien um umgekehrt, daß jetzt die Kommunisten mit den Sozialdemokraten zusammen die Mehrheit bilden. Die meisten radikalen Anträge der Kommunisten wurden zwar gegen die Stimmen der Antragsteller nicht nur von den bürgerlichen Parteien, sondern auch von den Sozialdemokraten abgelehnt; in einigen Fällen setzte aber die Mehrheit der beiden Arbeiterparteien Beschlüsse durch, die nicht zustandege-

kommen wären, wenn die Rechtsopposition zur Stelle gewesen wäre. So wurde mit sozialdemokratischer Unterstützung der kommunistische Antrag angenommen, der von der Regierung verlangt, daß der Bau des Panzerschiffes B sofort eingestellt wird und die dadurch ersparten Mittel zur Kindererziehung Verwendung finden. Annahme fand auch ein sozialdemokratischer Antrag, der weitgehende Unterstützung der Winterhilfe für die minderbemittelte Bevölkerung verlangt. Mit großer Mehrheit wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der die Ablehnung aller Pläne zur Auslöschung des Tarifvertragsrechts fordert. In der ersten Beratung wurde auch ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der mit Rücksicht auf die Kollage des Reiches und der Länder eine neue Regelung der von den Ländern für die Fürstenaufhebung eingegangenen Verpflichtungen verlangt. Da der zweiten Beratung der Vorlage widersprochen wurde, ging sie an den Rechtsausschuß. Zahlreiche weitere Anträge, darunter auch die der Bayerischen Volkspartei zur Veränderung der Notverordnung wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Angenommen wurde die Entschließung des Wohnungsausschusses, die Regierung möge von einer Änderung der Mietrückstände Abstand nehmen, bis das soziale Mietrecht gesichert ist. Gegen den Widerspruch der Kommunisten, die schon am nächsten Dienstag eine weitere Reichstags-Sitzung haben wollten, vertagte sich dann auf Wunsch der Regierung der Reichstag bis zum 23. Februar. Die Winterpause wird sich aber nur auf die Beratungen beziehen, denn die Ausschüsse werden mit der Bearbeitung der vielen ihnen überwiesenen Anträge reichlich zu tun haben.

Wirtschaftspartei und Kanzler

Berlin, 16. Okt. Meber die Verhandlungen der Wirtschaftspartei mit dem Reichskanzler erzählt das Nachrichtenbüro des B.D.Z., daß der Reichskanzler die Vernachlässigung der mittelständischen Interessen in den letzten zehn Jahren durchaus anerkannt hat. Der Reichskanzler hat zugesagt, mit allen Mitteln im Rahmen des Gesamtprogramms den Interessen des Mittelstandes in Zukunft die notwendige Aufmerksamkeit zuzuwenden. Der Kanzler hat insbesondere eine Übung der Fesslung der Wirtschaft zum Zweck einer Ankurbelung des Baumarktes zugesagt, um der Arbeitslosigkeit gerade in diesem Wirtschaftszweig zu hemern. Der Reichskanzler hat weiter erklärt, daß die mittelständische Kreditbank unter allen Umständen garantiert werden soll, nicht nur durch Stützung, sondern auch durch Ausbaumaßnahmen. Auch dieser Richtung hin soll insbesondere auch die Entwicklung der Dresdener Bank gefördert werden. Schließlich ist zugesagt worden, daß im Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung der Mittelstand durch unabhängige Repräsentanten der mittelständischen Wirtschaft ausreichend zur Geltung kommen soll.

Brünings Jugendsünden an die Christlich-Sozialen

Vor ihrer entscheidenden Beschlussfassung hat sich die Reichstagsfraktion des Christlich-Sozialen Volksdienstes in Besprechungen, an denen auch der Reichskanzler beteiligt war, bei den zuständigen Stellen Sicherheit etwa nach folgender Richtung verschafft:

- 1. Daß die Kritik des Volksdienstes an Einzelheiten der bisherigen Politik der Reichsregierung für ihre künftige Haltung mehr Beachtung finde als bisher.
2. Daß die anderen hinter der Regierung stehenden Parteien, insbesondere die Zentrumspartei, die Politik ihrer Landtagsfraktionen mehr als bisher dem Geiste und den Notwendigkeiten der heutigen Reichspolitik anpassen.
3. Daß die vielfach hervorgetreten offene Benachteiligung des evangelischen Volksteiles bei der Besetzung politischer Ämterstellen und dem Schulwesen, besonders in Preußen, Hessen und Baden, nunmehr unterbleibe und einer zehlichen Anwendung des Gerechtigkeitgedankens Platz mache.
4. Daß einige der in letzter Zeit vorgekommenen besonders traurigen Fälle auf diesen Gebieten alsbald einer Revision unterzogen würden.

Die Berliner Presse zur Abstimmung im Reichstag

Berlin, 17. Oktober. Die der Regierung nachstehenden Blätter begrüßen den gestrigen Erfolg Brünings im Reichstag mit großer Genugtuung.

Die „Germania“ spricht von dem „Erfolg des gesunden Menschenverstandes“. Die kleine Mehrheit der nächsten und sachlichen Arbeit sei wertvoller als eine große Mehrheit der Phrasen und des sozialfeindlichen Klassenkampfes.

Das „Tagblatt“ bezeichnet die Abstimmung als eine sichtbare Niederlage der Verschwörer von Harzburg und ihrer volksparteilichen Komparserie. Brünings Erfolg wäre fröhlicher, wenn er nicht durch peinliche und kleinliche Verhandlungen mit Interessengruppen, wie der Wirtschaftspartei, hätte erkauft werden müssen, auf die politisch kein Verlaß sei.

Die „Vollstättige Zeitung“ schreibt, es habe sich bestätigt, daß das zweite Kabinett Brünning trotz der geringen Veränderungen einen ganz anderen Charakter trage als die Regierung der drei Notverordnungen. Die Personen seien geblieben, aber der Geist habe sich gewandelt.

Auch der „Vorwärts“ spricht von einer „Niederlage der Harzburger“. Der Vorstoß der Sozialreaktionäre von Harzburg habe eine Einheitsfront der Gemäßigten aller Richtungen zur Verteidigung der Arbeiterrechte zusammengeschweißt! Diese Front habe den Sturm Brünings verhindert.

Die Blätter der Rechtsopposition kritisieren scharf die Stellungnahme der Wirtschaftspartei. Der „Tag“ bezeichnet die Mehrheit Brünings als einen Kompromiß. Die Offensiv von Rechts sei nicht zu dämmen. Die Zeit des Sowohl als auch sei vorbei, das werde binnen kurzem auch das Zentrum spüren.

Die „Deutsche Zeitung“ sagt, der Reichstag sei mit einer tragikomischen Abschiedsvorstellung von der politischen Bühne verschwunden. Die weitere Entwicklung werde ungewiss sein. Der Weg der kommenden Wochen und Monate werde von unerbittlichem Ernste sein. Wir würden ihn gehen in der Gewißheit, daß die Stunde der nationalen Opposition, die alle parlamentarischen Verhüllungen übermunden habe, niemals näher gewesen ist, als nach diesem Siege Brünings.

Der „Vorwärts“ betont: Mehrheit sei Mehrheit. Ihre Bedeutung erwache vor allem aus der Tatsache, daß die maßgebenden Faktoren diesen Reichstag sein Leben und seine Aufgabe erfüllen lassen wollen.

Die „Vorwärtszeitung“ sieht in dem Ergebnis der Abstimmung die vorläufige Rettung des Systems Braun-Severing in Preußen. Brünning habe mit voller Entschiedenheit wiederum für links optiert. Dadurch sei die preussische Ede zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie abermals so fest geworden, daß das Zentrum sich nicht beschweren könne, wenn man es die katholische Sozialdemokratie nenne.

Nach Auffassung der „Deutschen Allgem. Zeitung“ bedeutet das Ergebnis die kurz befristete Möglichkeit für die Regierung, die noch vorhandenen Mittel für die Rettung des Staates und der Wirtschaft beschleunigt einzusetzen. Noch einmal sehe Dr. Brünning vor einer Chance, wie er sie im Frühjahr, freilich sehr viel günstiger und offener, vor sich gehabt habe, noch einmal sei

der Damm einer parlamentarischen Krise von ihm genommen, die Bahn für notwendige Beschlüsse frei. Geschehe das Notwendige nicht in allerzürzester Frist, so poche die Katastrophe an die Tür.

Kabinettsrat über das Arbeitsprogramm

Berlin, 16. Oktober. Wie wir hören, wird morgen das Kabinett zu einer Sitzung zusammentreten, um das Arbeitsprogramm für die nächste Zeit festzulegen. Gleichzeitig sollen die Einladungen an die Mitglieder des neuen Wirtschaftsbeirats ergehen. Der Reichskanzler und der Reichsfinanzminister Dietrich werden sich dann drei Tage auf Urlaub begeben. Am Donnerstag wird das Kabinett erneut zusammentreten und am selben Tag wird sich auch der Wirtschaftsbeirat zu seiner ersten Sitzung versammeln.

Der Ladenschluß am Heiligabend

Berlin, 15. Okt. Der Reichsrat hat am Donnerstag den Gesetzentwurf über den Ladenschluß am 24. Dezember angenommen. Die Regierungsvorlage wurde in verschiedenen Punkten abgeändert. Auf Antrag Bassers wurde mit großer Mehrheit beschlossen, den allgemeinen Ladenschluß auf 5.30 Uhr festzusetzen mit der Maßgabe, daß die Beschäftigung des Personals bis spätestens 6 Uhr erlaubt ist. Das Ausströmen von Waren ist noch bis 7 Uhr zulässig. Von der Regelung sind ausgenommen der Verkauf von Weihnachtsgütern, der Betrieb von Tankstellen und die Gastwirtschaften und Schankstätten. Die Bestimmung der Regierungs-vorlage, daß die Schankstätten um 8 Uhr schließen müssen, wurde vom Reichsrat abgelehnt. Ein Antrag, auch den Zeitungsverkauf von der Regelung auszunehmen, fand keine Mehrheit, ebenso ein weiterer Antrag, den Straßenverkauf der Zeitungen bis 7 Uhr zuzulassen. Zustimmung fanden weiter eine Verordnung über Sprengstoffe und die Durchführungsbestimmungen zu den Erhebungen über die Steuerpflicht der öffentlichen Betriebe, die in der Notverordnung vom Dezember 1930 angeordnet worden sind. Es wird bestimmt, daß alle öffentlichen Betriebe, soweit ihr Betriebsergebnis im Jahre 1930 mehr als 100 000 Mark betragen hat, für die drei letzten vor dem 1. April 1931 abgelaufenen Wirtschaftsjahre Erhebungsbogen auszufüllen haben. Diese Verpflichtung gilt auch für private und wirtschaftliche Betriebe, die Versorgungsaufgaben dienen.

Neues vom Tage

Vorläufiges Ergebnis der Reichsbahnankleihe

Berlin, 16. Okt. Die Zeichnungen auf die neue Reichsbahnankleihe, die am 15. Oktober im Zusammenhang mit der Steueramnestieerordnung abgeschlossen worden sind, erreichen nach unjeren Informationen einen vorläufigen Betrag von rund 140 Millionen RM.

Lavals Abreise nach Amerika

Paris, 16. Okt. Ministerpräsident Laval hat am Freitag früh 8.10 Uhr, begleitet von der französischen Delegation und seiner Tochter Jofette, Paris verlassen, und ist im Zug nach Le Havre abgereist. Auf dem Bahnsteig in Paris waren die in Paris anwesenden Mitglieder der Regierung erschienen, um ihn zu begrüßen. In seinem Salonwagen haben außerdem Platz genommen der amerikanische Botschafter in Paris, Edge, und Laval bis Le Havre das Geleit zu geben, sowie zwei Unterstaatssekretäre. Um 12.15 Uhr hat sich Laval eingeschifft.

Sprengstoffankleihe auf das „Kaffeler Volksblatt“

Kassel, 16. Okt. Gegen die Geschäftsräume des sozialdemokratischen Volksblattes wurden heute früh gegen 3 Uhr von unbekanntem Täter ein Sprengstoffanschlag verübt. Nach den bisherigen Feststellungen ist eine mit Sprengstoff und Eisenteilen gefüllte Biazentziste, die mit Bindfaden umwickelt war, durch das Eingitter vor die Ladentür gestellt und mit einer Zündschnur zur Explosion gebracht worden. Die Entladung durchschlug die Mauer unterhalb des Schauensfensters und zertrümmerte die Ladenfrontscheibe, sowie die beiden Seitenscheiben. Personen wurden nicht verletzt. Der Sachschaden ist nicht erheblich.

Aus Stadt und Land

Uffensteig, den 17. Oktober 1931.

Morgen das letzte Promenadenkonzert! Die hiesige Stadtkapelle, die uns in diesem Jahre unter Leitung von Musikdirektor Maier mit stets gut durchdachten und vorzüglich zu Gehör gebrachten Promenadenkonzerten erfreute, wird am morgigen Sonntagvormittag von 11—12 Uhr auf dem unteren Marktplatz ihr 17. und letztes Konzert geben. Der Veranstaltung ist als Dank an unsere Kapelle ein recht guter Besuch zu wünschen. Das Programm enthält u. a.:

- 1. „Margarethen-Marsch“, von Piefke.
2. „Banditenstreife“, Ouverture von Suppé.
3. Boripiel und Szenen aus dem zweiten Akt der Oper „Der Evangelist“, von Wilhelm Kienzl.
4. „Rheinischer Sang“, Rheinlieder-Potpourri von Hannemann.
5. „Marsch-Potpourri“, von Blankenburg.
6. „Pepita-Marsch“, von Neumann.

Zu Ende denken. Die heimische Kapitalbildung ist zur Zeit ihres Stades geraten; die Quellen, die auch in der bisherigen schweren Krise sich ergiebig zeigten, haben vorübergehend fast gänzlich zu fließen aufgehört. Geht man den Gründen dafür nach, so sieht man bald auf den Zentralpunkt aller wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten der Gegenwart, auf Mangel an Vertrauen. Dieser Grund mag gerade heute erklärlich erscheinen, aber er hilft nicht weiter, im Gegenteil, er ist sehr schädlich. Was geschieht z. B. mit dem Geld, das bisher zur Sparkasse gebracht wurde? Es wird in sehr vielen Fällen gehamstert, d. h. zu Hause an einem mehr oder weniger sicheren Ort in Verwahrung gehalten, oder es wird zum Kauf grobenteils unnötiger Waren verwendet. Auf der anderen Seite verlangen aber die Sparrer, daß die Geldinstitute die bei ihnen abgerufenen Gelder prompt auszahlen. Daß ein solches Mißverhältnis auf die Dauer nicht möglich ist, liegt auf der Hand. Denn alle Geldinstitute sind auf neue Einlagen angewiesen; aus ihnen bestreiten sie in erster Linie die Auszahlungen; nur der über den täglichen Auszahlungsbedarf hinausgehende Betrag wird normalerweise bekanntlich in Hypotheken und sonstigen Wirtschaftskrediten angelegt. Bleiben Einzahlungen aus, so sind Banken,



Genossenschaften und Sparfassen gezwungen, Kredite zu kündigen, um dadurch die Mittel für die Auszahlung zu gewinnen.

Wenn, wie bis zur Mitte des Jahres, ein geregelter Ein- und Auszahlungsverkehr von Ratten geht, der sich weitgehend in sich selber ausgleicht, so werden wir auch über den kommenden Winter genau so gut ohne irgend welche Störungen hinüberkommen, wie es im letzten gleichfalls schweren Winter der Fall war.

Zweenberg, 16. Oktober. Dieser Tage durchfuhr ein Lastauto reich beladen für die Stuttgarter Stadtmision unser Kirchspiel. Durch eine Sammlung wurde für diese Fahrt hier und in den Filialorten 50 Zentner Kartoffeln, 12 Zentner Obst, Kraut und sonstiges Gemüse, dazu noch manche anderen Gaben zusammengebracht.

Walzgrafenweiler, 13. Oktober. (Aus dem Gemeinderat.) Die Vorbereitungen für die Gemeinderatswahl 1931 wurden getroffen. Nach der Gemeinderatswahl 1928 wurden die Mitglieder des Gemeinderats in diesem Jahr auszuscheiden und müssen neu gewählt werden.

einen Gehilfen verziehen und den Versuch machen, mit dem Beihilfen als Hilfe auszukommen. Der Gemeinderat entsetzt durch eine Ersparnis von etwa 650 Mark. Außerdem fließt die Vergütung der Amtsförderung für das Verwaltungskontrollat des Ortsvorstehers mit 650 Mark in die Gemeindefasse.

des Armenrechts wurden ausgestellt. — Die Möbelfabrik Adam Dietterle hier benützt einen Feldweg an der Durrweilerstraße zur Holz-An- und Abfuhr zu ihrem Holzlagerplatz. Der Weg wurde durch das Lastauto der Fabrik in einen ziemlich schlechten Zustand gebracht.

Deisingen, D.A. Leonberg, 15. Oktober. (Auf seinen Bruder geschossen.) Gestern wurde der 19 Jahre alte Gärtnersohn Otto Schneider aus Unvorsichtigkeit von seinem Bruder in die linke Brustseite geschossen.

„Graf Zeppelin“ zur 3. Südamerikafahrt gestartet Friedrichshafen, 17. Oktober. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute morgen um 1.05 Uhr unter Führung von Kapitän Lehmann zu seiner dritten Südamerikafahrt gestartet.

Belensfeld: Eva Berger Wwe., 81 Jahre alt. Tausch und Verlag der B. Kieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.

Ämtliche Bekanntmachungen Entwässerung auf Markung Wenden.

Die Errichtung einer Genossenschaft zur Entwässerung von Grundstücken in den Gewänden Seitenader, Seitenwiesen, Fischwiesen, Niedgraben, Welher, Fischbachader, hintere Wiesen, Wachtelader, Unteres Feld, Große Aeder, Fischwiesen, Höhe, Heiligenader, Goldberg, Oberes u. Unteres Lauch und Lohwiesen ist von der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung am 8. ds. Mts. genehmigt worden mit dem Bemerken, daß sämtliche der Entwässerung dienenden Anlagen und Einrichtungen von der Genossenschaft herzustellen und zu unterhalten sind.

Ragold, den 15. Oktober 1931. Oberamt: Baitinger. Neuweiler Neue Puhmühle liefert preiswert Jakob Seeger, Wagner.

Marktanzeige!

Am Dienstag, den 20. Oktober findet hier der Vieh- und Krämermarkt statt, wozu einladet Simmersfeld, den 17. Oktober 1931. Gemeinderat.

Altensteig Unterhaltene Rübenmühle und ein größeres Quantum Staudung hat abgegeben Philipp Schlecht. Michelberg Ein zum zweitenmal 11 Wochen trächtiges Mutterschwein Schwarzschek, sowie ein zur Zucht geeignetes, circa 160 Pfd. schweres Schwein hat zu verkaufen David Großhans

Das GLÜCKS-GLÖCKLE ruft alle raus. Raus greift zu - ein letztes Haus - dann ziehen die Sorgen aus! 114 000 000 2 000 000 1 000 000 4 zu 500 000 2 zu 300 000 2 zu 200 000 12 zu 100 000

Defen Herde Waschkessel Fleischräucher Bade-einrichtungen Lieferung frei ins Haus und gebrauchsfertig aufgestellt. Große Auswahl! Billigste Preise! Paul Frey, Kupferquild, Altensteig Inferate Erbiten wir uns frühzeitig

KAUFHAUS SCHOCKEN PFORZHEIM

Proben aus den 55 Abteilungen unseres Warenhauses Inserat I Bekleidungs-Abteilung I I Inserat II folgt in wenigen Tagen

Table with 4 columns: Item Name, Price, Description, Price. Includes items like Woll-Natté, Damenkleid, Damen- und Herrenschuhe, Herren-Sakkoanzüge, etc.

* Unsere zentrale Einkaufsabteilung arbeitet das ganze Jahr hindurch daran, in den vier Preisgruppen so gute Leistungen für den Verkauf vorzubereiten, daß alle Anforderungen, die an gute und elegante Kleidung gestellt werden können, erfüllt sind.

Inseratenform geschöpft Die angegebenen Maße geben die ungefähren Größen und Breiten an.

Altensteig.
Den altbekanntesten

Markgräflicher Wein



hat im Ausschank
Luz zum Bad
Theurer, Restaurateur
Lander zum Rößle
Schex zum Löwen
Schleeh zum Hirsch, Garrweiler

Auf zur Kirbe am Kirchweih-Sonntag!

Von mittags 2 Uhr ab
Tanz-Unterhaltung
unter Mitwirkung der beliebtesten, stark besetzten
Stimmungs-Jazzkapelle aus Pforzheim

Samstag und Kirchweihsonntag
Metzel-Suppe
mit gutem neuen Wein
Es ladet höflichst ein

Familie Kempf z. Traube, Ebhausen
Ettmannsweller

Metzel-Suppe
mit
musikal. Unterhaltung
wozu höfl. einladet

Chr. Faißt zum „Grünen Baum“

Simmersfeld
Dienstag (Markttag)

Tanzunterhaltung
mit **Metzel-Suppe**
im Gasthaus zum „Löwen“
wozu freundlichst einladet
Konrad Günthner

Pfalzgrafenweiler
Kirchweih-Tanz
im Saalbau zum Stern
Musikkapelle Pfalzgrafenweiler

Jose
der Freiburger Münster Geldlotterie
Ziehung am 11. November 1931
sind zum Preis von M 1.— zu haben in der
B. Kiefer'schen Buchhandlung, Altensteig.

Bettfedern und Flaum
fertige Betten
kaufen Sie am besten
bei **Reinhold Hayer, Altensteig**
Die Preise sind außerordentlich billig

Kirchliche Nachrichten.
Ev. Gottesdienst.
20. Sonntag, n. Dr., 18. Okt.
Kirchweihfest, Vormittags-
gottesdienst um 10 Uhr
mit Predigt über: Matth. 16,
13—19: Der andere Bau.
Lied 247. Kirchenopfer
für unser Gemeindehaus.
Vormittags 8 Uhr Christen-
lehre mit den Töchtern.
Abends 7/8 Uhr Gemein-
schaftsstunde.
Am Dienstag abend fällt die
Bibelstunde aus.

Methodistengemeinde.
Sonntag, den 18. Okt., vor-
mittags 9/10 Uhr Predigt
und hl. Abendmahl Predi-
ger R. Ulrich.
Vormittags 9/11 Uhr Sonn-
tagsschule.
Nachmittags 2 Uhr Zeugnis-
gottesdienst und Erntedank-
feier in Pfalzgrafenweiler.
Mittwoch, den 21. Okt., abends
8 Uhr Bibel- und Gebets-
versammlung.

Turnverein Altensteig.
Morgen Sonntag
Verbandsspiele
Handball
Altensteig II / Nagold II
Spielbeginn 2 Uhr
Altensteig I / Calw I
Spielbeginn 3 Uhr.
Sebermann ist febl. eingeladen.

50—100 Mark
in bar

oder kostenlos masch. ingen.
techn. u. franz. Sprachkennt-
nisse erhält, wer hier
Betriebschlosser — Mech. mit
Meisterprüfung u. höh. Fach-
schulbildung, bewährt im An-
gang m. d. Arbeitspersonal ent-
spr. oder ähnl. Posten verschaft.
Offerte unter Nr. 216 an die
Geschäftsstelle des Blattes.

Maria Rentschler
Fritz Bühler
grüßen als Verlobte
Heselsbronn Altensteig
18. Oktober 1931

Ueberberg — Sigmarswangen
Hochzeits-Einladung.
Wir beehren uns hie mit, Verwandte, Freunde
und Bekannte zu unserer Hochzeitsfeier
am Kirchweihmontag, den 19. Oktober 1931
in das Gasthaus zur „Hirsch“ in Heselsbronn
freundschaftlich einzuladen.
Christian Welker | **Anna Binder**
Sohn des | Tochter des
Johannes Welker | Gustav Binder
Ueberberg | Sigmarswangen
Kirchgang um 1/12 Uhr in Altensteig-Dorf

Althalden — Klosterreichenbach
Hochzeits-Einladung.
Wir beehren uns Verwandte, Freunde und
Bekannt zu unserer
am Kirchweihmontag, den 19. Oktober 1931
im Gasthaus zum „Schlösschen“ in Klosterreichen-
bach stattfindenden Hochzeitsfeier freundschaftlich ein-
zuladen.
Jakob Hauser | **Rosa Schwab**
Sohn des | Tochter des
† Joh. Gg. Hauser | Otto Schwab
Hirschweil | Bahnarbeiter
in Althalden | in Klosterreichenbach
Kirchgang um 12 Uhr in Klosterreichenbach

Balldorf, den 16. Oktober 1931.
Todes-Anzeige.

Tiefbetrübt geben wir allen Verwandten und
Bekannt die schmerzliche Nachricht, daß uns
unsere liebe, gute Tochter, Schwester, Schwägerin
und Tante
Christine Walz
im Alter von 26 Jahren im Bezirkskrankenhaus
in Nagold an einer schweren Operation uner-
wartet schnell durch den Tod entzissen wurde.
In tiefer Trauer:
der Vater Heinrich Walz, Maurermeister
die Mutter Christine Walz geb. Biber
und Geschwister.
Die Beerdigung findet in Walldorf Sonntag
nachmittag um 2 Uhr statt.

Böfingen, 15. Oktober 1931.
Todes-Anzeige.

Meine gute Frau, unsere treue Mutter
Christine Kalmbach
ist heute früh nach langer Gebrechlichkeit uner-
wartet rasch durch Gottes Willen von uns ge-
nommen worden.
In tiefer Trauer:
Christian Kalmbach mit Kindern.
Beerdigung Sonntag nachmittag 1/3 Uhr.

Altensteig.
Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme,
die wir während der langen Krankheit und beim
Heilgang meiner unversehrlichen, lieben Gattin,
unserer treubestorgten Mutter
Christine Luz
geb. Kürble
erfahren durften, sagen wir auf diesem Wege
unsern herzlichsten Dank.
Der trauernde Gatte J. G. Luz, Glasmeister
mit Kindern.

Berned.
Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme,
die wir beim Hinscheiden unserer lieben Mutter,
Großmutter und Schwester
Johanna Salmon
geb. Appenzeller
erfahren durften, sagen wir herzlichsten Dank. Be-
sonders danken wir Herrn Stadtpfarrer Fischer
für die trostreichen Worte am Grabe, für den erhe-
benden Gesang unter Leitung von Herrn Lehrer
Zimmermann und die zahlreiche Leichenbegleitung
zum Grabe.
Die trauernden Hinterbliebenen.

